

## Protokoll

Sitzung Nr. 6  
 Datum **Mittwoch, 27. August 2014**  
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 21.00 Uhr

Vorsitz	Thomann Lemann Johanna	FDP 1
1. Vizepräsidentin	Spichiger-Röllli Petra	SP 1
StimmzählerIn	Gunaratnam-Rajendra Shri Ahila Jost Klaus	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Dietiker Markus Gerber Rudolf Kistler Fides Niklaus Marc Rhyn Hans-Jörg Zangger-Schöni Patricia	SP 6
	Aebi-Lehmann Elisabeth Bähler Peter Baumann Hans Peter Bolliger Stephan Burren Markus Guggisberg Roland Mosimann Bruno Pfister-Aebersold Marianne Tschumi Samuel	SVP 9
	Hadorn Karin Hadorn Markus Köchli Martin	BDP 3
	Bacher Markus Buser Heinz Lötscher Markus Remund Marcel	FDP 4
	Ackermann Thomas Mellert Denise	CVP 2
	Stucki Roland Zingg-Kambli Annemarie	EVP 2
	Greber-Borel Anne-Lise Lastric Dubravka Vanoni Bruno	GFL 3

Abwesend	Bucheli Marco Rothenbühler Hans-Jörg Kofel Peter, Stettler Marceline Oesch Toni Steiner Philip George Ralph	SVP 1 BDP 1 GFL 2 FdU 1 SP 1 FDP 1
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin Crettenand Joseph Jörg Kurt Traber Peter Westphale Edi	
Abwesend	Huber-Spari Sabine	
Gemeindeschreiber	Gatschet Roland	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	14	
Anzahl Medien	2	

## Geschäfte

50	Pro Protokoll Protokoll vom 25. Juni 2014 .....	110
51	33.411.3 Sportplatz Geisshubel Totalsanierung Gemeindesportplatz; Verpflichtungskredit.....	110
52	1.92.3 Interpellationen Interpellation Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend "Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen"; Antwort.....	116
53	1.92.4 Einfache Anfragen Einfache Anfrage Hans-Jörg Rothenbühler betreffend "Altlasten / Mülldeponien in Zollikofen"; Antwort.....	120
54	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Roland Stucki und Mitunterzeichnende betreffend "Ja zum sicheren Fussgängerweg durch den Reichenbachwald zum Schloss, dem Restaurant Reichenbach, der Fähre und zu den Aareuferwegen .....	120
55	1.92.4 Einfache Anfragen Einfache Anfrage Anne-Lise Greber-Borel betreffend "Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen" .....	120

GROSSER GEMEINDERAT

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin

## Verhandlungen

Präsidentin: Guten Abend miteinander. Herr Gemeindepräsident, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe GGR-Kolleginnen und Kollegen, werte Pressevertreter, liebe Gäste, ich begrüsse Sie zur ersten Sitzung nach den Sommerferien.

Ebenfalls begrüsse ich Bauverwalter Beat Baumann als Sachverständigen zu Geschäft Nr. 51.

Entschuldigt haben sich vom GGR: Hans-Jörg Rothenbühler, Marceline Stettler und Peter Kofel, Ralph George, sowie Toni Oesch, Marco Bucheli und Philip Steiner. Vom Gemeinderat ist es Sabine Huber.

In unserem Parlament sitzt ein weiterer Grossrat, Sie konnten es lesen: Bruno Vanoni ist seit wenigen Tagen der Nachfolger von Urs Muntwyler im Grossen Rat. Ich, und ich denke alle hier, wünschen Dir "Gfröits" und Erfolg im neuen Amt. Auf dass Du etwas bewegen kannst und trotzdem noch die Zeit findest, Dich weiterhin so umfassend und akribisch für die GGR-Sitzungen vorzubereiten.

Ich habe eine Demission bekannt zu geben: Heinz Buser zieht per Ende September von Zollikofen weg. Damit endet sein Mandat als Mitglied des GGR. Heinz, seit dem 1. Januar 2008 hast Du als Mitglied der FDP-Fraktion gewirkt, zusätzlich warst Du in der Finanzkommission. Du hast Dein Mandat ernst genommen und Du hast Dich engagiert. Mit Deinen Voten hast Du hier im Grossen Gemeinderat für Farbtupfer gesorgt. Herzlichen Dank. Du möchtest Dich am Ende der Sitzung noch vom GGR verabschieden, gerne geben wir Dir dafür ein paar Minuten. Die Blumen der Gemeindeverwaltung, das Präsent der Fraktion und der Applaus des GGR erhältst Du aber schon jetzt. *(Anmerkung der Protokollführerin: warmer Applaus.)*

Im Moment sind 33 Mitglieder anwesend. Demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

---

## Mitteilungen der Präsidentin

Präsidentin: Sie finden auf Ihren Pulten die Tischvorlage zum Geschäft 53 "Einfache Anfrage Hans-Jörg Rothenbühler betreffend "Altlasten/Mülldeponien in Zollikofen"; Antwort. Weiter liegt auf dem Tisch der Jahresbericht der Regionalkonferenz und ich möchte ein letztes Mal auf die Grenzbegehung hinweisen. Sie findet am Samstagnachmittag, 6. September zusammen mit dem Parlament von Münchenbuchsee statt. Kurzentschlossene haben noch Gelegenheit sich anzumelden. Wenn die Eine oder der Andere dies noch täte, würde dies für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Münchenbuchsee und Zollikofen sorgen. Sie können sich bis Samstag beim Gemeindeschreiber oder bei mir anmelden.

Das virtuelle Jugendparlament findet von 3. bis 7. November statt. Es haben sich einige Mitglieder des Grossen Gemeinderates zur Verfügung gestellt, den Jugendlichen Red und Antwort zu stehen. Auch hier gibt es nach der Sitzung noch die Gelegenheit, sich anzumelden.

Nun noch zur Agglomerationstagung in Bern. Sie findet zum zehnten Mal statt, das Thema sind die Verkehrsströme, respektive die Mobilität und die Auswirkungen auf die Raumplanung. Das wäre für uns ein aktuelles Thema. Sie findet am 7. November den ganzen Tag in den Lehrwerkstätten statt. Sie haben vom Gemeindeschreiber am 28. Juli eine Mail erhalten, dort ist auch das Anmeldeformular dabei. Melden Sie sich bitte direkt an, das Detailprogramm wird Ihnen zugesandt.

---

## Mitteilungen der GPK

Peter Bähler, GPK: Mit Schreiben vom 22. Juli 2014 hat die Regionalkonferenz Bern-Mittelland auch die Parlamentsgemeinden eingeladen, zu den Leistungsverträgen mit den Kulturinstitutionen, dem sogenannten "Finanzierungsschlüssel", im Rahmen einer Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Gemäss Artikel 62 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates ist die Geschäftsprüfungskommission abschliessend für die Konsultationen nach Artikel 153 des Gemeindegesetzes zuständig. Die GPK hat an der Sitzung vom 20. August 2014 dieses Geschäft behandelt und bedauert, dass das Parlament erst zwei Monate nachdem die anderen zur Stellungnahme eingeladen wurden, zum Zuge kommt.

Zu den Fakten: Die GPK beurteilt den vorgelegten Finanzierungsschlüssel zu den Leistungsverträgen 2016 – 2019 mit den Kulturinstitutionen als angemessen. Es ist ein Fortführen der bisherigen Praxis, angepasst an die neuen gesetzlichen Grundlagen. Für Zollikofen hat es keine grossen Änderungen zur Folge, darum nahm die GPK zustimmend vom Entwurf Kenntnis und teilt dies der Regionalkonferenz entsprechend mit. Sie macht noch zwei Bemerkungen:

- Der Wechsel von einer differenzierten Kostenverteilung auf vier Kategorien von Gemeinden zu nunmehr bloss noch zwei Kategorien mit einem sehr grossen Belastungsunterschied (Verhältnis 3 : 1) führt im Grenzbereich der beiden Kategorien zu sehr grossen Differenzen bei der Belastung von Gemeinden – und dies trotz vergleichbarer Erreichbarkeit und Nutzung der zentralen Kulturangebote. Die GPK würde eine feinere Abstufung vorziehen.
- Die GPK hat festgestellt, dass bei Konzert Theater Bern der Beitrag erhöht werden muss, wegen Lohndifferenzen, die ausgeglichen werden müssen. Im Bericht der Regionalkonferenz ist kein Nachweis ersichtlich, der die Wirkung der Zusammenlegung beziffert und nachweist, was dort damit bereits erreicht wurde.

Die GPK ist einverstanden und reicht noch diese zwei Bemerkungen ein.

---

## Mitteilungen des Gemeinderates

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Ich habe drei Mitteilungen des Gemeinderates, Gemeinderatskollege Edi Westphale hat danach auch noch eine Mitteilung. Ich knüpfe dort an, wo Peter Bähler aufgehört hat, bei der Vernehmlassung der Kulturverträge für die nächste Leistungsperiode von 2016 bis 2019. In Parlamentsgemeinden kann nicht nur das Parlament Stellung nehmen, sondern auch der Gemeinderat. Dieser hat das Geschäft am 18. August behandelt, auf Antrag der Kulturkommission. Der Gemeinderat stimmt den beiden gestellten Fragen, also der Höhe der Unterstützungsbeiträge für die Kulturinstitutionen und der Kostenaufteilung unter den Regionsgemeinden zu. Der Gemeinderat hat keine weiteren Bemerkungen angebracht.

Die zweite Mitteilung betrifft die Kontrolle der Verwaltung durch den Regierungstatthalter. Diese geschah am 15. Mai 2014, die Verwaltungskontrolle hat einen vierjährigen Turnus. Ich möchte Ihnen aus dem 39-seitigen Beurteilungsbericht die Quintessenz des Regierungstatthalters bekannt geben. Er sagt, die Erteilung von Auskünften der Teilnehmenden sei offen und transparent erfolgt. Aufgrund der Kontrolle bestätigt er, dass die Verwaltung der Einwohnergemeinde Zollikofen vorbildlich, umsichtig und professionell geführt werde. Beeindruckt ist er vom Einbezug der Bevölkerung durch die regelmässigen Bevölkerungsbefragungen, die im Politikplan verankert sind. Den Teilnehmenden wird für den freundlichen Empfang sowie für die gute Zusammenarbeit anlässlich des Kontrollbesuches gedankt und weiter freut sich der Regierungstatthalter auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit. An die-

ser Stelle schliesse ich mich dem Dank des Regierungsstatthalters für die Verwaltungsmitarbeitenden an, die den ganzen Tag Red und Antwort standen.

Die dritte Mitteilung betrifft den Flyer, beziehungsweise die Einladung, die Sie in den Akten gehabt haben. Am nächsten Wochenende findet im Areal der Sekundarstufe I unser Kulturanlass statt. Er hat drei Schwerpunkte, den Kunsthandwerkmarkt vom Samstag, die nationale und internationalen Kulinarik, welche schon ab Freitag zu geniessen ist, das Rösslspiel mit Gratisfahrten und abendliche Auftritten von Schüler- und Lehrerbands, den Kinderchor Hakuna Matata und so bekannte Bands wie "Chantemoiselle und "The Expectation". Wir haben eine Fotopräsentation, welche Zolliköflerinnen und Zolliköfler am längsten Tag dieses Jahres zeigt. Ich würde mich freuen, wenn ich Euch dort begrüessen dürfte.

Edi Westphale, Gemeinderat: Am 30. Juni hat der Kreisfeuerwehrenspektor Bern-Mittelland-Nord eine ordentliche Inspektion durchgeführt. Im zehnteiligen Bericht wurde die Gesamtbeurteilung in sieben Punkten zusammengefasst: *"Die Feuerwehr Zollikofen ist eine gut ausgebildete und motivierte Truppe. Die Angehörigen der Feuerwehr setzen die gegebenen Ziele erfolgreich um. Es ist eine altersmässig gute Durchmischung auf allen Stufen. Begangene Fehler bei den Übungen werden erfolgreich korrigiert und es besteht ein hohes Fachwissen bei der Mannschaft und im Kader. Die Vorgaben des Kadere sind hervorragend. Die Kadere Angehörigen leben die Begeisterung für die Feuerwehr vor. Die ganze Feuerwehr Zollikofen ist auf einem hohen Fachwissensstand."* Der Gemeinderat gratuliert der Feuerwehr an dieser Stelle herzlich.

Präsidentin: Wir kommen zu den traktandierten Geschäften. Die Liste wurde Ihnen fristgerecht zugestellt. Gibt es Änderungswünsche in Bezug auf die vorgesehenen Traktanden? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste genehmigt.**

50 Pro Protokoll

**Protokoll vom 25. Juni 2014**

Präsidentin: Wird das Wort verlangt oder gibt es Ergänzungen? Das ist nicht der Fall. **Ich stelle fest, dass das Protokoll vom 25. Juni 2014 genehmigt ist,** Danke Corinne Roll.

51 33.411.3 Sportplatz Geisshubel

**Totalsanierung Gemeindesportplatz; Verpflichtungskredit**

Präsidentin: Wird das Eintreten auf diese Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Das Geschäft unterliegt dem fakultativen Referendum, wir werden die Abstimmung also auszählen. Die GPK hat das Wort.

Peter Bähler, GPK: Zum informativen Bericht hat die GPK zwei Fragen:

- Gemäss SIA-Normen ist für Kostenberechnungen auf Stufe Bauprojekt, die Grundlage von Kreditbegehren sind, eine Genauigkeit von +/- 10 Prozent vorgesehen. Warum werden die Investitionskosten nur mit einer Genauigkeit von +/- 15 Prozent angegeben? Warum wick man von der SIA-Norm ab und vereinbarte etwas Anderes?

- Weshalb ist das Honorar Fachplaner für die drei Varianten in der angegebenen Höhe festgelegt? Und warum ist nicht für alle Varianten der gleiche Prozentsatz der Investitionskosten dafür vorgesehen?

Präsidentin: Das Wort hat der Gemeinderat.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Der Gemeindesportplatz an der Alpenstrasse ist sanierungsbedürftig. Damit die Probleme mit der Entwässerung nachhaltig gelöst werden können und ein zeitgemässer technischer Aufbau des Platzes erstellt werden kann, ist eine Totalsanierung notwendig. Der heutige Bodenaufbau besteht in weiten Teilen immer noch aus Aufschüttungsmaterial aus den 70-er Jahren. Für die Wiederherstellung des Platzes, welcher hauptsächlich dem Spiel- und Trainingsbetrieb des FC Zollikofen dient, wurden verschiedene Varianten geprüft. Hauptsächlich galt es zu entscheiden, ob wieder ein Naturrasenfeld oder ein Kunstrasenfeld gebaut werden soll. Die Eigenschaften und finanziellen Auswirkungen der Möglichkeiten sind in Bericht und Antrag aufgeführt.

Der Gemeinderat und die Kommission Bau und Umwelt sprechen sich für den Bau eines Kunstrasenplatzes in der Variante "verfüllt" aus. Ausschlaggebend für diesen Entscheid sind in erster Linie die besseren Nutzungsmöglichkeiten. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung zeigt auf, dass der Kunstrasen auf längere Zeit etwas teurer ist. Demgegenüber steht die eingeschränkte Nutzung des Naturrasenfeldes. 30 Prozent der heutigen Belegungszeit müssten anderweitig abgedeckt werden. Es ist dem Gemeinderat aber ein Anliegen, dass der FC Zollikofen mit seinen zahlreichen Mannschaften gute Trainings- und Spielbedingungen vorfindet. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Ich komme nun zur Beantwortung der Fragen der GPK. Für die verschiedenen Projektschritte schreiben die SIA-Normen entsprechende Kostengenauigkeit vor. Es entspricht der ständigen Praxis in Zollikofen, dass bei grossen Baukreditvorlagen bis höchstens auf Stufe Vorprojekt geplant wird. Damit können in der ersten Phase, in der auch noch verschiedene Varianten zur Diskussion stehen, massiv Projektierungskosten eingespart werden. Denn je höher die Kostengenauigkeit, umso höher der finanzielle Aufwand. Für eine Kostengenauigkeit von +/- zehn Prozent müsste ein komplettes Bauprojekt für alle untersuchten Varianten erstellt werden. Dies bedeutet Planungsarbeiten bis zu 28 Prozent des gesamten Planungsaufwandes. Im konkreten Fall des Gemeindesportplatzes, hätte dies Kosten in der Höhe von rund Fr. 93'000.00 generiert. Diese Kosten stehen in keinem Verhältnis zu den real benötigten Fr. 10'000.00 für die vorliegende Grobkostenschätzung mit einer Genauigkeit von +/- 15 Prozent.

Die zweite Frage betrifft den Anteil des Honorars der Fachplaner am gesamten Investitionsvolumen. Unabhängig von der geplanten Variante bleibt ein Grundaufwand für die Planungsleitungen gleich. Kostenmässig unterscheiden sich die Varianten vor allem im Aufbau der obersten Schicht. Das heisst Dämpfungsschicht mit Kunstrasenbelag oder Naturrasen. Diese Schicht macht den grossen Preisunterschied bezüglich Gesamtinvestitionen aus. Dagegen wirken sich die unterschiedlichen Kosten in diesem Bereich nicht linear auf die Planerleistungen aus.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Markus Bacher, FDP: Sachlich und nüchtern betrachtet, ist dieses Geschäft ein Verpflichtungskredit. Wir haben eine Investition, wir haben wiederkehrende Kosten. Wenn wir das mit der Nutzung und dem betriebswirtschaftlichen Aspekt anschauen, macht der Vorschlag des Gemeinderates Sinn. Es ist die beste Variante, dieser Kunstrasen "verfüllt". Aber hinter dem Geschäft stehen weitaus mehr Sachen. Es gibt Emotionen, es wirft Fragen auf und es ist eben nicht so einfach, nur den Verpflichtungskredit zu sehen. Wir sind aber der Meinung, dass auf viele Fragen, die hinter diesem Geschäft stehen, vernünftige Antworten zu finden sind. Wer profitiert? Es ist primär der Fussball. Aber sind wir ehrlich: Das Feld, das haben wir

gehört, muss saniert werden. Kunstrasen ist nachweislich ein Vorteil für die Heimmannschaft. Mannschaften mit Kunstrasen, die gegen Mannschaften spielen müssen, die auf Rasen trainieren, sind im Vorteil. Wir hoffen, dass dies dem FC Zollikofen das nötige Glück für die Zukunft bringt. Wenn man es gesundheitlich und medizinisch betrachtet, macht der Kunstrasen auch Sinn. Die FIFA hat an der U-17-Weltmeisterschaft eine Studie verfasst und eine Langzeitstudie in der schwedischen Superleague, die ergab, dass die Spieler auf Kunstrasen weniger Unfälle haben, beziehungsweise dieser das Unfallrisiko senkt. Aus gesellschaftlicher Sicht sind wir uns alle einig: Fussball verbindet. Und zwar nicht nur Jung und Alt, sondern es ist auch ein grosser Integrationsfaktor und es regt die Jugend zum Sport an. Auch Menschen mit Migrationshintergrund finden schnell Anschluss. Beim Fussball braucht es die Sprache nicht vorrangig, die Regeln sind klar, die Handzeichen sind einfach, jeder kann mitspielen. Das hat auch das Departement Soziales des Kantons Zürich in einer Studie herausgefunden, dass insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund Fussball ein grosser Träger ist, um sich in unserer Gesellschaft integrieren zu können.

Bei der Ökobilanz, das müssen wir zugeben, sieht es leicht schlechter aus. Aber wir haben bereits viele Argumente gehört, die dafür sprechen. Wo man etwas differenzierter hinschauen muss, ist beim Spannungsverhältnis zwischen Anwohnenden der Alpenstrasse und dem Fussballplatz. Per se war der Fussballplatz vor den Häusern dort gewesen. Das heisst, die Gesellschaft kam zum Fussballplatz und nicht umgekehrt. Es gibt heute schon Regelungen und Abmachungen, die das Miteinander der Anwohner Alpenstrasse mit den Fussballspielen und der Nutzung in Einklang bringen. Wir sind überzeugt, dass es auch hier Lösungen geben wird, auch wenn es eine Mehrnutzung geben sollte. Die FDP wird dem Antrag zustimmen und wünscht dem FC Zollikofen das nötige Glück auf dem Rasen.

Markus Hadorn, BDP: Wir haben eine positive Haltung bezüglich der Sanierung Fussballfeld im Geisshubel. Sport und Vereinsarbeit wie es der FC macht, ist für unsere Gemeinde sehr wichtig und sollte auch von der öffentlichen Hand unterstützt werden. Aber muss es ein Kunststoffrasen sein, der laut Offerte Fr. 450'000.00 teurer kommt, als es im Voranschlag steht? An der GGR-Sitzung zum Voranschlag 2014 hat Gemeinderat Kurt Jörg klar festgehalten, dass bei einem Budget, bei welchem ein Defizit von Fr. 1,3 Mio. vorgesehen ist, sehr vorsichtig gewirtschaftet werden muss.

Jedoch hat der Grosse Gemeinderat schon an der ersten Sitzung in diesem Jahr immer wieder ein wenig mehr gesprochen. Wo es nicht mehr hat, kann man auch nicht mehr ausgeben. Und heute schon wieder eine halbe Million mehr. Der Gemeinderat will ein Spielfeld, das für 900 Stunden jährlich ausgelegt ist. Der FC benötigt höchstens 650 Stunden. Die übrigen 250 Stunden will man aber nicht weitervermieten, weil dies zu mehr Verkehr und Beeinträchtigung im Wohnquartier führen kann. Das macht für uns keinen Sinn. Auch die Entsorgung nach 15 Jahren ist nicht in unserem Sinn: Schaden für die Umwelt, in Deutschland entsorgt. Wir sind klar für Naturrasen, weil es einerseits im Budget liegt und andererseits die Instandsetzung nach zehn oder 15 Jahren gleich teuer ist. Wer gegen Kunstrasen ist, ist nicht automatisch gegen Fussball oder Sport und aus den vorher erwähnten Gründen lehnen wir den Kredit leider mehrheitlich ab.

Rudolf Gerber, SP: Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu, so wie es beantragt ist. Es ist zwar eine sehr teure Sanierung; Fr. 1,2 Mio. für einen grünen "Blätz", da kann man sich auch eine andere Nutzung des Geldes vorstellen. Aber warum stimmen wir trotzdem zu? Weil klar dargelegt ist, dass die Sanierung des Gemeindesportplatzes nötig ist. Es sind fundierte Abklärungen erfolgt. Dazu kommt, dass wir es unterstützen, wenn man sich bewegt und Sport treibt, wir sehen es hier, wir sind eine "sitzende Gesellschaft". Für junge und ältere Menschen ist das wichtig und beim FC Zollikofen ist ja die ganze Altersbandbreite vorhanden. Wichtig ist auch die integrative Funktion des Fussballspiels. Markus Bacher hat dies erwähnt: Vor kurzem haben wir die GGR-Sitzung zügig beendet um ein Spiel der Nationalmannschaft an der WM in Brasilien zu schauen und wenn man dort die Namensliste liest, stellt man fest, wie viele Secondos mitspielen. Das ist die Spitze des Eisberges. Es ist ja

nicht die Nati, die die Integration macht. Sondern die Fussballclubs in den Dörfern, Städten, Gemeinden, wie bei uns in Zollikofen. Das ist wichtig und für uns ein zentraler Grund, weshalb wir mithelfen. Wichtig ist für uns auch, dass der FC hinter der Kunstrasenlösung steht und wir finden es richtig und schön, dass der FC Fr. 50'000.00 dazu beiträgt. An die Fr. 1,2 Mio. Franken gerechnet, ist das kein gewaltiger Beitrag, aber für ein Vereinsbudget ist das ein grosser Beitrag. Dafür danken wir. Das ist eine tolle Geste, die zeigt, wie wichtig das für den FC Zollikofen ist.

Einige Bemerkungen zum Kunstrasen: Wenn man diesen anschaut, wünscht man sich etwas Natürlicheres, eben einen Naturrasen. Die Darlegungen aber, weshalb man einen Kunstrasen möchte, sind nachvollziehbar. Ich denke, auch wenn wir den Sommer betrachten, den wir hatten, das wäre schwieriges Terrain geworden. Wir werden vermutlich mehr solcher verregener Sommer haben und deshalb werden wir froh sein, Kunstrasen zu haben.

Bezüglich der Kosten ist es längerfristig betrachtet keine riesige Differenz. Insbesondere, und dies steht in den Unterlagen und wurde auch bereits erwähnt, kann man mehr darauf spielen. Die Sanierung wird ja getätigt, damit man auf dem Rasen spielen kann und nicht, um ihn anzuschauen. Unter dem Strich ist es längerfristig unter Umständen günstiger, weil das Mähen, Wässern und Düngen wegfällt. Wenn wir dann die Kosten pro Spielstunde anschauen, kommen wir dort eben gut weg. Innerhalb der Fraktion haben wir allfällige Gefahren bei einem Kunstrasen diskutiert. In Kunstrasen sind krebserregende, polyzyklische Kohlenwasserstoffe, diese sind krebserregend und dem muss man Beachtung schenken. Wir gehen davon aus, dass dies abgeklärt wurde. Kunstrasen wird im In- und Ausland seit Jahrzehnten verwendet und ich gehe davon aus, dass dies nicht problematisch ist. Wir haben beim Bundesamt für Gesundheit ein Faktenblatt "Gesundheitsgefährdung durch Kunstrasen" gefunden. Ich zitiere daraus einen Satz: *"Die Resultate aus Untersuchungen in Schweden, Norwegen und Deutschland erlauben die vorläufige Einschätzung, dass das Spielen auf Kunstrasen kein spezielles Gesundheitsrisiko birgt."*

Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag so wie er vorliegt und wünscht dem FC Zollikofen viel Erfolg.

Hans-Peter Baumann, SVP: Wenn sich 400 Personen in unserer Gemeinde für einen Verein entscheiden, kann man wohl behaupten, dass dieser etwas macht, was nachgefragt wird. Wenn fast wöchentlich über 200 FC Zolliköfler in Meisterschaftsspielen aktiv auf dem Platz stehen, ist das ebenso beachtlich.

Dazu braucht es Infrastrukturen; dort gibt es Mängel, die im Bericht und Antrag zu diesem Geschäft gut umschrieben sind. Die SVP ist gewillt, hier mitzuhelfen, damit der Trainings- und Spielbetrieb des FC-Zollikofens verbessert werden kann.

Wir haben uns im Vorfeld zu der heutigen Debatte sehr stark mit der Frage Kunst- oder Naturrasen befasst. In einem Fachartikel aus dem Kanton Basel Land habe ich gelesen, dass die Erziehungsdirektion der Gemeinde empfiehlt, den Kunstrasen auf zehn Jahre abzuschreiben. Ich danke dem Bauverwalter an dieser Stelle für die Mithilfe bei den Nachforschungen. Unsere Erkenntnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Kunstrasen werden laufend weiter entwickelt. Heute ist die dritte und vierte Generation auf dem Markt. Der modernste wurde im Frühjahr im Stade de Suisse verlegt.
- Wegen der starken Entwicklung ist es auch schwierig, Aussagen über die Lebensdauer zu machen. Die Hersteller sagen, sie betrage bis zu 20 Jahren. Ich schätze, es werden irgendwo zwischen 12 und 15 Jahre sein. Dementsprechend sind die Wirtschaftlichkeitsberechnungen mit Vorsicht zu geniessen.
- Zudem ist die Lebensdauer bei Natur- und Kunstrasen sehr stark von der Pflege und dem Umgang abhängig. Naturrasen ist kein Bioprodukt. Wenn man schaut, wieviel Dünger bei einem satten englischen Rasen aufgetragen wird, ist das vermutlich auch nicht ganz umweltbewusst. Ein Kunstrasen, davon gehe ich aus, kann recycelt werden. Pfl-

ge und Umgang sind sicherlich wichtig. Beim Naturrasen ist das eher die Frage "wann ist das Terrain bespielbar", beim Kunstrasen die fachgerechte Reinigung und die periodische Ergänzung der sogenannten Verfüllung.

Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu, weil mit dem Kunstrasen das Prinzip "zwei Fliegen auf einen Schlag" verfolgt werden kann. Die wichtige Fliege ist für uns nicht die tendenziell günstigere Variante des Kunstrasens (die vielleicht gar zu relativieren ist), sondern die Möglichkeiten, die sich wegen der besseren Verfügbarkeit des Kunstrasens ergeben. Bei Regenperioden muss nicht auf Wasserball umgestellt werden, Trainings nicht auf andere Äcker verlegt werden, Ausweichtrainingsinfrastrukturen wie Hallen können geschont werden und so weiter; Oder kurz: Die 18 Mannschaften können auf einer Unterlage trainieren, die sie auch bei Meisterschaftsspielen haben.

Dubravka Lastric, GFL: Die GFL-Fraktion ist sich einig, dass eine Sanierung des Sportplatzes Geisshubel nötig ist. Der beantragte Kredit und insbesondere das darin enthaltene Honorar des Fachplaners sind uns auf den ersten Blick allerdings recht hoch vorgekommen. Aufgrund des detaillierten Berichts und zusätzlich eingeholter Auskünfte zum Fachplaner-Honorar können wir dem Kredit aber zustimmen.

Wir möchten aber noch zwei Bemerkungen machen:

1. Die Überprüfung der Nachhaltigkeit begrüssen wir natürlich. Wenn man die ökologische Bilanz von Kunst- und Naturrasen vergleicht, sind die Unterschiede minim. Beim Naturrasen ist es der Düngereinsatz mit den Wachstumsregulatoren, der problematisch ist. Der Dieselverbrauch ist bei den beiden Rasenarten etwa gleich. Als entscheidender Faktor bleibt die längere Lebensdauer, die für Kunstrasen spricht. Wir hoffen, dass in einigen Jahren eine umweltfreundliche Art der Wiederverwertung des Flors zur Verfügung stehen wird.

2. Kunstrasen erlaubt eine intensivere Nutzung, als heute möglich ist. Die Finanzkommission drängt in diese Richtung, aber der Gemeinderat macht darauf aufmerksam, dass die Anwohnerschaft daran keine Freude haben könnte. Wir möchten den Gemeinderat bitten, eine klare Aussage zu machen, ob und wie weit er eine intensivere Nutzung zulassen will. Uns interessiert insbesondere, wie auch den Anliegen der Anwohnerschaft Rechnung getragen werden kann. Werden im Betriebsreglement konkrete Einschränkungen beispielsweise an Abenden und Sonntagen vorgesehen?

Wir danken dem Gemeinderat schon jetzt für die Beantwortung dieser Fragen und stimmen dem Kredit aus unserer Gesamtbeurteilung heraus einhellig zu. Auch wir betrachten das Projekt als Beitrag zur Förderung der sportlichen Betätigung und zur sinnvollen Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen, die in den Nachwuchsmannschaften mitmachen.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort haben nun die Ratsmitglieder.

Roland Stucki, EVP: Uns ist auch klar, dass dieses Geschäft Sinn macht und wir werden dem zustimmen. Wir sind sportlich unterwegs, meine Ratskollegin segelt und mein Herz schlägt für den Fussball. Ich kenne den Platz und habe selber darauf gespielt. Wenn man sieht, was der FC gesellschaftlich leistet – wir haben Investitionen in die offene Jugendarbeit, in andere Integrationsgeschäfte – aber Fussball ist eines der besten Mittel, um fremdsprachige Menschen in die Gesellschaft zu integrieren.

Darum ist es gut, wenn der FC Zollikofen eine adäquate Infrastruktur zur Verfügung hat, die von den bis zu 18 Mannschaften bespielt werden kann. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat eine Firma wählt, die diese 15 Jahre Nutzungsdauer beim Kunstrasen gewährleisten kann. Nicht wie beim Weissenstein, dort musste man den Kunstrasen nach sieben Jahren ersetzen. Der Kunstrasen kann bis zur anderthalb Mal mehr bespielt werden als Naturrasen. Die Berner Zeitung veröffentlichte vor einem Jahr einen guten Artikel in Bezug auf Un-

terhalt, Säen, Walzen und so weiter und zeigte die Vorteile des Kunstrasens auf. In der Agglomeration Bern haben viele Gemeinden Kunstrasen, Breitenrain, Wyler und das Stade de Suisse. Es ist gut mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene dort eine sinnvolle Betätigung finden, aber mit einer guten Unterlage. Die Kosten bewegen sich bei all diesen Plätzen um eine Million Franken, wir können uns das leisten, die Finanzkommission hat dem zugestimmt. Und darum stimmen auch wir zu, viel Glück!

Denise Mellert, CVP: Besten Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung für den ausführlichen Bericht zur Sanierung des Gemeindeparkplatzes. Warum sind wir für die Variante Kunstrasen verfüllt? Die im Bericht nicht aufgeführte Variante „alles ablehnen“ bedeutet mittelfristig, dass Zollikofen und der FC gar keinen Gemeindeparkplatz mehr haben. Der FC Zollikofen erbringt, nebst der körperlichen Ertüchtigung und der Freizeitgestaltung, wertvolle Jugend- und Integrationsarbeit. Die hohe Investition hat deshalb einen breiten Nutzen für Zollikofen und somit kann ein Nein nicht die Lösung sein.

Die Variante Naturrasen ist über alles gerechnet in Anbetracht der eingeschränkten Nutzung schon fast auf den ersten Blick zu teuer. Zudem gefährdet diese Variante den heutigen Spielbetrieb des FCZ, das heisst, dass der Umfang des Trainings- und Spielbetriebs nicht mehr in dieser Form möglich ist. Dies wurde im Bericht deutlich ausgeführt.

So bleiben noch die beiden Kunstrasenvarianten. Kunstrasen? Und das in Zollikofen... auf dem Lande? Na ja... Wir haben uns mit der Thematik auseinandergesetzt und setzen darauf. Der Effekt beider Systeme ist der gleiche: Die Kosten variieren. Nachdem alle Aufwendungen zusammengezählt wurden, ist der Kunstrasen "verfüllt" günstiger.

Die aufgeführte Kostenhöhe für das zu verlegende Rasensystem „verfüllt“ betrachten wir allerdings etwas kritisch und melden Bedenken an. Ähnliche Projekte in der Stadt Bern haben bei dieser Position höhere Kosten generiert, dafür waren die Ingenieurkosten deutlich tiefer. Wir gehen jedoch davon aus, dass die Fachplaner für ihr Honorar diesbezüglich gute Arbeit geleistet haben. Weiter können bei diesem System Kunstrasen "verfüllt" auf Kennzahlen und Erfahrungen aus umliegenden Gemeinden zurückgegriffen werden. Die Stadt Bern verbaut ebenfalls Kunstrasen verfüllt und konnte damit positive Erkenntnisse gewinnen.

Wir haben uns vom Bauverwalter versichern lassen, dass keine anderen wichtigen Geschäfte durch die jetzt doch höheren Investitionskosten zurückgestellt werden müssen. Dem FC danken wir für seinen finanziellen Zustupf.

Wir werden jedenfalls für die vom Gemeinderat beantragte Variante stimmen und freuen uns, die grossen und kleinen Fussballstars des FC Zollikofen dereinst im nächsten Sommer darauf spielen zu sehen.

Martin Köchli, BDP: Die BDP-Fraktion lehnt, wie bereits erwähnt, den Antrag mehrheitlich ab. Wir haben in diesem Jahr bereits über verschiedene Verpflichtungskredite befunden. Ich habe leicht den Eindruck, dass wir nicht sehr sparsam sind. Aber man muss die Grössenordnung des Geschäftes erkennen und die wichtigen Faktoren einander gegenüberstellen. Ich betrachte dies vom Standpunkt des Trainers, der jeden Dienstag in ein sehr gutes Vorbereitungstraining geht, das von Kurt Hefti durchgeführt wird. Ich betrachte es auch aus der Sicht der Trainer. Wir hatten einen wunderschönen Jugendsporttag, der FCZ hat den Anlass stark unterstützt und ich hatte die Möglichkeit, mich mit ihm über die Situation zu unterhalten. Wir Trainer haben eine gute Situation mit den Hallen und es hat sich gezeigt, dass die jetzige Situation mit der eingeschränkten Nutzung des Hauptspielfeldes und dem Ausweichen auf das Nebenspielfeld nicht ideal ist. Die Garderobenproblematik wurde noch gar nicht erwähnt. Die Trainer leisten unter diesen Voraussetzungen wertvolle Arbeit und deshalb muss die Situation verbessert werden. Das lässt sich auch mit Naturrasen verbessern. Aber ein weiterer Aspekt ist die Dimension des Themas "Fussball". Ich bin Vater von 9- und 11-jährigen Jungs, die selber Fussball spielen. Ich erlebe es mit Ihnen, welchen Einfluss Fussball hat, auch eine

WM, beziehungsweise der Profifussball. Da beobachtet man den Nachahmungseffekt. Bei jedem Freistoss stehen sie plötzlich hin wie Cristiano Ronaldo, bei jedem Goal werden mit der Hand Herzchen gebildet. Fussball ist ein Hype. Und er wird weitergehen, das ist eine andere Dimension als bei anderen Sportarten. Dementsprechend bin ich überzeugt, dass wir auch unter guten Voraussetzungen arbeiten müssen und dass der FCZ den Kunstrasen braucht um den Trainingsbetrieb aufrecht erhalten zu können.

Was mich beim Geschäft etwas stört: Dass die Bereitschaft, die Nutzungszeiten auszudehnen aus Rücksicht auf die Nachbarschaft, nicht da ist. Kunstrasen lässt 900 Stunden zu, der FCZ hat ein Bedürfnis von 650 Stunden. Dort sind die Behörden auch etwas in der Pflicht, zu schauen, dass der Rasen dann auch dementsprechend ausgelastet ist. Dort wo ich wohne, in der Überbauung Lülferen sieht es so aus: Ein Baugesetz sieht vor, dass man bei einer Überbauung ein Spielfeld haben muss, ein Fussballfeld. Das existiert dort noch nicht. Die direkten Anwohner haben es mit Einsprachen und Gerichtsverfahren geschafft, das über Jahre hinaus zu verzögern. Die Eigentümer haben einen Kredit für ein Goal und einen Zaun gesprochen und nun hat das Obergericht als letzte Instanz die Beschwerde abgewiesen. Dort erwarte ich, dass die Gemeindebehörde aktiv wird und schaut, dass umgesetzt werden kann.

Präsidentin: Gibt es noch weitere Voten? Dann hat der Gemeinderat nochmals Gelegenheit, sich zu äussern.

Joseph Crettenand, Gemeinderat (Schlusswort): Ich möchte auf gewisse Bemerkungen des Gemeinderates, die im Bericht enthalten sind zurückkommen. Das geplante Kunstrasenfeld weist in der Tat noch Nutzungsreserven auf, das wurde auch von den Vorrednern erwähnt. Die Nachfrage nach Trainings- und Spielzeiten richtet sich vor allem auf die Abend- und Wochenendstunden. Dies führt zu einer weiteren Beeinträchtigung des angrenzenden Wohnquartiers und kann zu zusätzlichen Spannungen führen. Der Gemeinderat ist darüber im Bild. Es gibt bereits heute eine Vereinbarung zwischen der Gemeinde Zollikofen und dem FC Zollikofen betreffend Nutzung aller Sportplätze in Zollikofen. Diese Vereinbarung muss nach dem Bau, insbesondere bei der Variante Kunstrasen, angepasst werden. Eine grosse Ausweitung der heutigen Nutzung wird nicht angestrebt. Die Zahl von 900 Stunden ist ein Maximum, das soll hier klar gesagt werden. Gewisse Entwicklungsmöglichkeiten für den FCZ sollen aber noch möglich sein und wir werden auch Anfragen von anderen Vereinen ausserhalb Zollikofens haben. Aber der FC Zollikofen hat Priorität und wenn es noch Platz gibt, dann können auch Andere kommen. Eine maximale Anzahl Nutzungsstunden wurde aber nicht definiert, das werden wir wie bisher in der Vereinbarung festlegen, wann gespielt werden kann.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Verpflichtungskredit für die Totalsanierung Gemeindesportplatz unter Vorbehalt des fakultativen Referendums annehmen will, erhebe die Hand.

### Abstimmung

**Der Verpflichtungskredit für die Totalsanierung Gemeindesportplatz (Variante Kunstrasen erfüllt inkl. die Anschaffung einer Spezialmaschine für den Unterhalt) von Fr. 1'220'000.00 inkl. MWST zu Lasten der Investitionsrechnung (Kto.-Nr. 330.500.02) wird mit 29 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.**

---

52    1.92.3    Interpellationen

**Interpellation Anne-Lise Greber-Borel und Mitunterzeichnende betreffend "Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen"; Antwort**

Präsidentin: Bevor wir in das Geschäft einsteigen, möchte ich gerne einen Entscheid des Grossen Gemeinderates. Kurz vor der Sitzung bin ich von Herrn Beat Kreienbühl angegangen worden. Er ist ein Betroffener und möchte vier Minuten um zu erzählen, wie es ihm ergangen ist. Nicht in der Gemeinde Zollikofen, aber er ist heute wohnhaft in der Gemeinde Zollikofen. Ich frage den Grossen Gemeinderat, ob er Herrn Kreienbühl diese Zeit geben will oder nicht, damit wir danach das Geschäft in der ordentlichen Reihenfolge abwickeln können. Es ist zwar in der Geschäftsordnung nicht üblich, aber ich frage trotzdem.

Wer Herrn Kreienbühl diese vier Minuten schenken will, soll das durch Handerheben zeigen.

### **Abstimmung**

**Eine Mehrheit von 23 Stimmen stimmt dafür.**

Präsidentin: Herr Kreienbühl, darf ich Sie ans Mikrofon bitten?

Beat Kreienbühl: Ich danke Ihnen, dass Sie mir vier Minuten geschenkt haben. Ich möchte dem Parlament, beziehungsweise dem Gemeinderat ein paar Dokumente übergeben. Das eine Dokument "Der Willkür des Staates ausgeliefert" erschien in der Luzerner Zeitung. Das andere ist das Dokument meiner Versorgung im Kanton Luzern, ohne Gerichtsurteil. Als "Grund für die Versorgung", ist angegeben, meine Damen und Herren, sie dürfen lachen: "frech und pflegelhaft" (*Anmerkung der Protokollführerin: "pflegelhaft ist im Dokument falsch geschrieben"*).

Weiter gebe ich ein Dokument ab, welches ich selber verfasst und an das Parlament (*Anm. der Protokollführerin: den Nationalrat*) gesandt habe. Ein weiteres Dokument ist die Rede von Bundesrätin Sommaruga. Ich zitiere: *"Es geht hier also nicht nur um Opfer und Täter. Es geht um uns alle. Denn Wegschauen ist auch eine Handlung."* Am Schluss Ihrer Rede sagt Sie: *"Dieser Gedenk Anlass ist kein Abschluss, sondern der Anfang einer umfassenden Auseinandersetzung mit einem dunklen Kapitel der Schweizer Sozialgeschichte."* Meine Damen und Herren, ich finde, oder weiss, sonst müsste man dies korrigieren, dass unsere Gemeinde in der Pflicht ist.

Die Antwort ist korrekturbedürftig und was das "Wegschauen" betrifft, schreiben Sie: *"auf kommunaler Ebene besteht aus Sicht des Gemeinderates für Zollikofen zurzeit kein weiterer Handlungsbedarf."* Das nenne ich "Wegschauen".

Diese Dokumente übergebe ich gerne dem Gemeinderat und biete ihm Hand. Ich rede hier als Privatperson, als Betroffener und nicht als Organisation. Sie können weitere Informationen von mir bekommen, ich bin stellvertretender Delegierter des Runden Tisches für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und habe dadurch auch sehr viele Informationen. Danke allen Anwesenden, dass ich hier sprechen durfte.

Präsidentin: Wir nehmen die Akten entgegen und leiten Sie an den richtigen Ort weiter. Die Antwort auf die Interpellation liegt vor, möchte sich der Gemeinderat noch äussern?

Anne-Lise Greber Borel, GFL: Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort. Diese ruft nach einigen Bemerkungen.

Der Gemeinderat trennt messerscharf zwischen "Betroffenen" und "Opfern". Als Opfer der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen betrachtet er nur Personen, deren persönliche Integrität massiv verletzt worden ist, durch Gewalt, sexuelle Übergriffe, Abtreibungen, Zwangssterilisation und so weiter. Diese formalistische, ja bürokratische Unterscheidung ist unbefriedigend. Was ist mit all den anderen "Betroffenen"? Haben diese nicht unter der Situation gelitten, nur weil man es ihnen nicht angesehen hat, weil sie nicht krank, asozial oder kriminell geworden sind? Ist es nicht denkbar, dass sich ein grosser Teil

dieser Menschen subjektiv auch als Opfer sehen? Wie wollen wir heute richtig beurteilen, was für Folgen es für Kinder gehabt hat, von der Mutter getrennt zu werden, lange Zeit nicht nach Hause zurück zu können? Oder dass Geschwister jahrelang voneinander getrennt aufwachsen mussten? Solche Vorkommnisse haben dauerhafte Folgen und beeinflussen die Entwicklung und das Leben von Betroffenen markant. Wie kann man behaupten, dass solche "fürsorgerischen" Entscheide keine gravierenden Folgen gehabt haben? Die Behauptung des Gemeinderats, dass keine gravierenden Fälle aus der Gemeinde Zollikofen bekannt seien, ist nach unserer Kenntnis zudem nicht korrekt. Mindestens ein Fall, den wir als gravierend betrachten, ist in der Fachzeitschrift "SozialAktuell" ausführlich dargestellt worden und müsste eigentlich auch unseren Sozialbehörden bekannt sein. Und wer offen und einfühlsam auf Betroffene zugeht, erfährt rasch mehr von anderen Fällen.

Im sensiblen Bereich von Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen genügt es nicht, die Schicksale von Betroffenen ausschliesslich aufgrund der damals geltenden gesetzlichen Regelungen zu evaluieren. Ich glaube ja schon, dass die damaligen Behörden nach den damals gültigen Vorschriften und gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten gehandelt haben. Das heisst aber noch lange nicht, dass heute kein kritischer Blick auf die damalige Praxis erlaubt ist. Mit solchen Begründungen hat man auch schon andere, ganz und gar nicht richtige Dinge zu rechtfertigen versucht. Ich verstehe nicht, wieso der heutige Gemeinderat unnötigerweise zum Teil unmenschliche Handlungen ehemaliger Behörden zu verharmlosen und teilweise zu rechtfertigen versucht.

Mit einer Entschuldigung und der symbolischen Übernahme von Verantwortung hätte die Behörde einerseits den Opfern ein bisschen Genugtuung geben und sich andererseits selber von der damaligen Praxis der Vormundschafts- und Fürsorgekommission distanzieren können.

Gemäss der Antwort des Gemeinderats haben seit 2011 sechs Personen ein Gesuch um Akteneinsicht gestellt. Im Archiv der Gemeinde befinden sich keine persönlichen Dossiers mehr. Als Zeichen der Unterstützung der Opfer bei der Aufarbeitung ihres Schicksals hätte ich es begrüsst, wenn die heutige Behörde bei den betroffenen Institutionen und Anstalten Nachforschungen gemacht hätte. Mit den Mitunterzeichnenden der Interpellation möchte ich wissen, was damals in den sechs bekannten Fällen von den Behörden entschieden worden ist und wie es bis heute ausgewirkt hat. Deshalb verlange ich, in der Form einer Einfachen Anfrage, dass der Gemeinderat Stellung dazu nimmt.

*Zur Frage 3: Was gedenkt die Gemeinde zu tun, um das begangene Unrecht anzuerkennen und das verursachte Leid von Betroffenen lindern zu helfen? Dazu möchte ich die folgende Bemerkung machen: Die Verantwortung für die Wiedergutmachung liegt nicht nur beim Bund und den Kantonen. Auch die Gemeinden sind aufgerufen, daran teilzunehmen, wie der Runde Tisch für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen bestimmt hat: „Dieser Fonds geht vom Kerngedanken aus, dass der Bund, die Kantone und die Gemeinden anerkennen, dass den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen Unrecht geschehen und grosses Leid widerfahren ist.“ (Auszug einer Medienmitteilung des Bundesamts für Justiz vom 21.03.2014). Ausser Bern und Basel haben beispielsweise die Gemeinden Köniz, Murten und Zug einen Beitrag geleistet.*

*Zur Frage 4: Ist auch die Gemeinde Zollikofen bereit, einen freiwilligen Beitrag an den Soforthilfefonds zu leisten, als Geste der Solidarität mit notleidenden Opfern?*  
Ich würde es sehr bedauern, wenn sich der Gemeinderat in einer bürokratischen Sicht der Problematik verschliessen und einen freiwilligen Beitrag an den Soforthilfefonds für alle Zeiten ausschliessen würde.

Mirjam Veglio, Vizegemeindepräsidentin: Ich möchte auf das Votum von Anne-Lise Greber kurz ein paar Worte sagen. Wir haben gehört, dass Betroffene im Publikum sitzen und die

ganze Thematik ist eine schwierige, sie geht die ganze Gesellschaft etwas an, das ist klar. Ein emotionales Thema, weil Menschen direkt betroffen sind. Die Entscheide der damaligen lokalen Behörden haben die Biographien der Betroffenen massgeblich beeinflusst. Das anerkennen wir selbstverständlich. Der Gemeinderat muss sich aber bei der Beantwortung der Fragen allgemein halten und sachlich bleiben. Es ist dem Gemeinderat klar, dass er mit der Beantwortung der Fragen dieser Interpellation den Betroffenen absolut nicht gerecht werden kann. Die Gemeinde macht jedoch, was sie kann, um zu erfahren was passiert ist, seinerzeit. Akten oder Auszüge werden gesucht und, falls vorhanden, den Betroffenen zur Verfügung gestellt.

Wenn sich möglicherweise jemand unter den Gästen wirklich als Opfer fühlt, ist es sehr zu empfehlen, sich an die zentrale Stelle, die speziell für solche Fälle eingerichtet wurde zu wenden. Dort hat es Fachleute, die sich diesem schwierigen Thema annehmen können. Diese haben Zugang zu weiteren Akten, einen besseren Zugang als wir hier auf der Gemeinde. Wir haben noch die gebundenen Protokolle der Vormundschaftsbehörden aus dieser Zeit, weitere Akten haben wir nicht. Wir nehmen die Einfache Anfrage entgegen, wir werden sie heute nicht beantworten, das ist auch aus Datenschutzgründen heikel. Wir werden sie an einer nächsten Sitzung beantworten.

Präsidentin: Damit können wir dieses Traktandum schliessen. Ja, Bruno Vanoni?

Bruno Vanoni, GFL: Zuerst möchte ich mich für die Gratulation für mein Nachrutschen in den Grossen Rat bedanken. Ich habe gehört, dass erwartet wird, dass ich mich hier weiterhin aktiv betätige. Aber das ist nicht der Grund, weshalb ich mich zu Wort melde. Ich möchte, gestützt auf Artikel 40, Absatz 4 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates eine Diskussion beantragen. Ich möchte dies begründen. Anne-Lise Greber und ich durften heute ein längeres Gespräch mit einem Opfer führen. Wir waren sehr beeindruckt und betroffen in Bezug auf das Gespräch, aber auch in Bezug auf die Akten, die uns gezeigt wurden. Es sind Akten, die von den damaligen Behörden Zollikofens geschrieben wurden. Sie sind auf der Gemeindeverwaltung nicht mehr vorhanden, aber in einem kantonalen Staatsarchiv. Das ist ein Ordner von Akten, der uns sehr betroffen gemacht hat.

Wir haben in der Debatte gemerkt, dass das Thema quer durch alle Parteien beschäftigt. Ich habe den Eindruck, anhand der "kurzen Diskussion" kann man nicht sagen, aber der Wortmeldungen, auch von Gemeinderätin Mirjam Veglio, die ich verdanken möchte und der Stellungnahme von Anne-Lise Greber, dass dies nicht das letzte Wort in dieser Sache sein kann. Ich habe den Eindruck, dass das, was bis jetzt gesagt wurde und passiert ist, der Sache und den betroffenen Menschen nicht gerecht wird. Sie haben Anspruch darauf, und das tut auch uns gut, wenn wir uns vertieft mit der Materie auseinandersetzen.

Aus diesem Grund möchte ich Euch bitten, einer Diskussion zuzustimmen. Ich bin mir aber bewusst, dass niemand von Ihnen, ausser Anne-Lise damit hat rechnen können, etwas zu sagen. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir die Diskussion auf eine der nächsten Sitzungen verschieben sollten. Ich bitte Euch, dem Antrag auf Diskussion zuzustimmen, es braucht zehn Stimmen mindestens aus dem Rat. Wenn die Zustimmung zur Diskussion erfolgen sollte, gehe ich davon aus, dass Sie alle der Meinung sind, dass es gescheiter ist, wenn man den heutigen Abend wirken lässt und die Diskussion in einer späteren Sitzung führt.

Präsidentin: Wir haben einen Antrag auf dem Tisch. Wer dem Antrag von Bruno Vanoni zustimmen kann, erhebe die Hand.

### **Abstimmung**

**8 Mitglieder stimmen dem Antrag zu.**

Somit ist das Geschäft erledigt. Ich hoffe, dass wir alle als Mitglieder des Grossen Gemeinderates, als Bürgerinnen und Bürger und als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aus diesem beklemmenden Stück Schweizer Geschichte die Lehre ziehen, dass solche Gesetzgebungen weder lokal noch kantonale noch auf Bundesebene wieder zustande kommen. Dass wir uns "durch alle Böden hindurch" an der Menschenwürde orientieren und an den Menschenrechten festhalten.

---

53 1.92.4 Einfache Anfragen

**Einfache Anfrage Hans-Jörg Rothenbühler betreffend "Altlasten / Mülldeponien in Zollikofen"; Antwort**

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt vor.

---

54 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Motion Roland Stucki und Mitunterzeichnende betreffend "Ja zum sicheren Fussgängerweg durch den Reichenbachwald zum Schloss, dem Restaurant Reichenbach, der Fähre und zu den Aareuferwegen"**

Sachverhalt und Begründung der Motion

Auch mit der sanierten Krebsbachbrücke ist eines nicht sichergestellt: Der sichere Zugang der FussgängerInnen von der RBS-Bushaltestelle Reichenbach zum Schloss, zum Restaurant Reichenbach, zur Fähre und zu den Aareuferwegen! Der Schlossweg ist eng, verfügt über keinen Gehweg, die zu Fuss gehenden sind durch den Verkehr (Busse, Auto, Töff, Velo) dadurch einer unnötigen Unfall-Gefährdung ausgesetzt. Die Gefahr an dieser Stelle in einen Verkehrskonflikt verwickelt zu werden ist erhöht, weil die Kreuzung mit alkoholisierten Lenkern und Lenkerinnen von Fahrzeugen aller Art grösser ist als andernorts. Die Gemeinde kann hier Abhilfe schaffen indem sie den alten Fussgängerweg durch den Reichenbachwald wieder in Gang setzt.

Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt

a) den alten Fussgängerweg durch den Reichenbachwald wieder in Gang zu setzen und der zu Fuss gehenden Bevölkerung wieder einen sicheren Zugang zum Schloss, zum Restaurant, zu der Fähre und zu den Aareuferwegen zu gewährleisten. Aus Bericht und Antrag des Geschäfts Sanierung Krebsbachbrücke sind die zu erwartenden Kosten mit ca. Fr. 35'000.00 veranschlagt worden durch den Gemeinderat.

b) im Zuge dieser Umsetzung ist die Querung der Reichenbachstrasse auf Höhe der Bushaltestelle Schloss Reichenbach mit einem Fussgängerstreifen auszurüsten.

---

55 1.92.4 Einfache Anfragen

**Einfache Anfrage Anne-Lise Greber-Borel betreffend "Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen"**

Im Rahmen des Geschäftes "Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen" stellt Anne-Lise Greber-Borel folgende Frage:

Gemäss der Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation haben seit 2011 sechs Personen ein Gesuch um Akteneinsicht gestellt.

#### Frage

- Mit den Mitunterzeichnenden der Interpellation möchte ich wissen, was damals in den sechs bekannten Fällen von den Behörden entschieden worden ist und wie es sich bis heute ausgewirkt hat.

---

Präsidentin: Wir sind am Ende der Sitzung angelangt, es ist 20.50 Uhr. Besten Dank für das zügige Arbeiten. Ich möchte nochmals für die Grenzbegehung am 6. September und die Teilnahme am Virtuellen Jugendparlament werben und nun möchte sich Heinz Buser verabschieden.

Heinz Buser, FDP: Dorfpolitik und Lokalpolitik sind langweilig und öd, etwas für "Bünzlis" und "Füdlbürger". So dachte ich früher. Erst nach der Pensionierung, mit etwas mehr Zeit, habe ich angefangen, mich für Lokalpolitik zu interessieren, mich daher bei der FDP in Zollikofen gemeldet, für etwas Mithilfe hinter den Kulissen. Wie es so ist, wenn man den kleinen Finger gibt, ist es dann die Hand und dann bis zu den Schultern. Ab 1. Januar 2008 wurde ich, ohne je auf einer Wahlliste gewesen zu sein, Mitglied des GGR und dann auch noch gleich Mitglied der Finanzkommission.

Ich habe gelernt, dass Lokalpolitik durchaus spannend und interessant sein kann, Auch wenn halt gelegentlich die Votanten zum x-ten Mal wiederholten, was die Vorredner bereits ebenfalls gesagt hatten. Aber eben, wenn man sich schon vorbereitet hatte, sollte diese Arbeit ja nicht für die Katze gewesen sein. Ich habe auch gelernt, wie einfache Sachen plötzlich kompliziert werden, weil Dinge aus politischer Sicht völlig anders gewichtet werden. Das ist zu akzeptieren.

Aber es gibt schon Merkwürdiges in der Politik: Politik und Verwaltung tendieren dazu, immer mehr Geld auszugeben, ohne sich um die Finanzierung der zusätzlichen Ausgaben zu kümmern. In Zollikofen hat das Parlament in den letzten sechs Jahren Zusatzaufgaben mit Mehrausgaben von Fr. 900'000.00 beschlossen, immerhin mehr als Fr. 200.00 zusätzlich pro Steuerpflichtigen. Für die Steuerzahler sind es fast Fr. 300.00.

Das sind "Peanuts" im Vergleich zum Bund. Dieser hat für die nächsten fünf Jahre ein Ausgabenwachstum von Fr. 1,6 Mia pro Jahr budgetiert. Das bedeutet Fr. 1'000.00 mehr pro Einwohner in fünf Jahren. Diese Prozesse sind nahezu unumkehrbar, denn jede sogenannte Sparübung wird heftig bekämpft. Einmal ins Leben gerufene Aufgaben sind kaum mehr weg zu bringen. Und gejammert wird auf hohem bis höchstem Niveau. Gerade in den Gebieten, in denen das Ausgabenwachstum in den letzten Jahren am grössten war, wird am meisten gejammert, wenn auch nur das Ausgabenwachstum begrenzt werden soll.

Heute konnte man lesen, dass die Stadt Biel mittlerweile mehr Geld für Soziales ausgibt, als sie an Steuern einnimmt und ohne Finanzausgleich längst pleite wäre – nur wegen den Sozialausgaben. Die Schweiz gibt gemessen am Bruttosozialprodukt und unter Berücksichtigung der Kaufkraft ähnlich viel Geld aus, wie die EU Staaten im Schnitt. Die Arbeitslosenquote ist aber in der Schweiz massiv tiefer als in der EU. Kann mir jemand erklären, weshalb wir gleichviel für Sozialhilfe ausgeben, wie Staaten mit höheren Arbeitslosenzahlen? Was passiert, wenn bei uns die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schnellen?

Politik verleitet auch zu merkwürdigen Aussagen: Die Befürworter der Einheitskrankenkasse loben als Vergleich die angeblich kostengünstige SUVA. Die privaten Krankenversicherer haben einen Kostensatz von 5 Prozent, d.h. 95 Prozent der Prämien gehen als Leistungen an Spitäler, Ärzte, etc. Bei der SUVA wird das Prämieninkasso durch die Arbeitgeber gemacht, die Prämienkalkulation ist im Vergleich zu den Krankenversicherern ein Kinderspiel. Die Suva ist keinem Wettbewerb ausgesetzt und hat keine teuren Werbungskosten und nur ganz wenige der teuren Manager. Die Suva hat pro Versicherten nur einen Bruchteil der Schadenfälle im Vergleich zu den Krankenversicherern und daher auch weit weniger Papierkrieg. Kann mir bitte jemand erklären, weshalb die SUVA dann einen Kostensatz von 10 Prozent hat, ohne Präventionskosten, wohlverstanden, also doppelt so hoch wie die Krankenkasse und dann erst noch als gutes Beispiel hingestellt wird?

Mit der Politik kann man sogar die Mathematik auf den Kopf stellen, oder man versucht es wenigstens. Die abgelehnte Senkung des Umwandlungssatzes beim BVG ist ein solches Beispiel. Mittlerweile haben fast alle gemerkt, was da für ein Bock geschossen worden ist und welche enormen Ungerechtigkeiten damit geschaffen wurden. Peter Siegenthaler, ehemaliger Chef des Bundesamtes für Finanzen, ein SP-Mann, hat das Ganze als unmoralisch bezeichnet, *"weil sich eine Generation einen Vorteil verschafft hat, der von der nächsten Generation zu bezahlen ist, welche ihrerseits keine Chance hat, einmal ebenso profitieren zu können"*, so seine Aussage.

Der Umwandlungssatz des BVG liefert auch ein ausgezeichnetes Beispiel zwischen politische Schaumschlägerei und Wirklichkeit. Colette Nova, geschäftsführende Sekretärin beim Schweiz. Gewerkschaftsbund und federführend beim Krieg um die Senkung des Umwandlungssatzes, wurde bald nach der Abstimmung in das Bundesamt für Sozialversicherung gewählt und wurde verantwortlich für das BVG. Bei ihrem ersten öffentlichen Auftritt in neuer Funktion betonte sie plötzlich die dringende Notwendigkeit den Umwandlungssatz nach unten anzupassen. Kein weiterer Kommentar.

Letzte Skurrilität: Da wurde doch eine Initiative gestartet, mit dem Ziel, dass keine Landspitäler mehr geschlossen werden dürften. Man will also eine Spitalinfrastruktur aus dem Postkutschenzeitalter für die Zukunft betonieren, obschon solche Spitäler kaum je wirtschaftlich vernünftig betrieben werden können und wegen der geringen Fallzahlen auch künftige Qualität Standards kaum werden einhalten können. Gleichzeitig beklagt man die hohen Kosten des Gesundheitswesens.

Die Liste von politischen Kapriolen kann endlos fortgesetzt werden. Das Problem ist allerdings, dass es dazu keine Alternativen gib. So schlagen wir uns halt weiterhin damit herum. Es ist auf jeden Fall besser als diktatorische Vorgaben. Wir sind das einzige Land der Welt, das eine Abstimmungsdemokratie hat und das ist gut so. Man muss sich nur im Klaren sein, dass man dies nicht überall hin "exportieren" kann, das käme nicht so gut. Man muss nur nach Rom gehen, um zu beobachten, wie Ratsmitglieder handgreiflich werden.

Die Zeit im GGR war gut, sie hat mir viele Möglichkeiten zu interessanten Kontakten und Diskussionen gegeben. Ich werde neben andern insbesondere Hans-Jörg und Bruno vermissen, gerade weil sie andere Ansichten und Schwerpunkte haben, sind diese Kontakte besonders wertvoll.

Ich entschuldige mich bei allen, denen ich etwa unsanft auf die Füsse getreten bin, aber ich würde es unter gleichen Umständen wieder tun. Ich gehe ungern von Zollikofen weg, wir waren 25 Jahre hier, davon war ich sieben Jahre im GGR. Ich wünsche dem GGR und der Gemeinde Zollikofen alles Gute und viele spannende Diskussionen mit guten Lösungen.

Präsidentin: Danke Heinz. Wir wünschen Dir und Monika alles Gute für die Zukunft und ein gutes "Einhausen" am neuen Ort. Du hattest Dein Schlusswort, das letzte Wort habe ich. Die Sitzung vom 17. September fällt aus. Am selben Abend des 17. September jedoch haben wir

um 19 Uhr eine Begehung der Kindergärten am Lindenweg, eine entsprechende Einladung wurde bereits versandt. Der Kindergarten ist ein Traktandum der Oktober-Sitzung. Die nächste GGR-Sitzung findet am 15. Oktober um 19.00 Uhr statt. Danke und e schöne Aabe.